

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 22. August 2016

Verfasser: Benno Scherrer

Sommerferien sind auch Ratsferien – und die Diskussionen am ersten Montag nach der langen Pause waren noch nicht weltbewegend ...

... wie das Sommerthema „**Seezuschlag**“ zeigt. Barbara Schaffner zeigte sich über das „dringliche“ Postulat sehr erstaunt. Die Diskussion Seezone oder Seezuschlag wurde in der KEVU schon ausführlich geführt und die Argumente des ZVV haben überzeugt, dass der Seezuschlag die richtige Lösung ist. Dringlich ist für die glp hier nur, dass der ZVV das gewählte Preismodell Seezuschlag nun ohne Störmanöver umsetzen kann. In 5 Wochen wird das Thema dann definitiv behandelt werden – und wir werden den Seezuschlag unterstützen...

... aber immerhin bewegt sich der Kanton in die richtige Richtung. Aufgrund eines glp Vorstosses werden neu alle **Interessenbindungen der Regierungsräte offengelegt**, und zwar sowohl die Interessenbindungen, die durch das Amt als RR entstehen, als auch die übrigen (private/berufliche/politische). Jörg Mäder zeigte sich zufrieden mit der Umsetzung seines Postulats, das er 2012 zusammen mit Rahel Walti und Christoph Ziegler eingereicht hatte.

### Die weiteren Themen:

#### **(Kein) «Grünes Licht» für die Feuerwehr (Andreas Hauri)**

In einem Postulat wurde die Prüfung einer Einführung des grünen Blinklichts auf dem Autodach für Angehörige der Miliz-Feuerwehr gefordert. Dies allerdings ohne weitere Sonderrechte.

Die Grünliberalen sehen darin keine Notwendigkeit. Zudem haben der Feuerwehrkommandant aus Winterthur sowie der Chef Schutz und Rettung aus der Stadt Zürich diese Idee abgelehnt. Dies aus mehreren Gründen: Zeitersparnis zu gering, gesetzliche Grundlage für Sonderrechte fehlt, im Ernstfall rückt immer zuerst die Berufsfeuerwehr aus (mit Sonderrechten), viele Autofahrer haben bereits mit dem Blaulicht Mühe richtig zu reagieren. Ein weiteres Farbsignal verwirrt zusätzlich. Wir Grünliberalen sind für eine Vereinfachung des Zusammenlebens und lehnten dieses Postulat mit einer grossen Mehrheit des Rates ab.

#### **Kosten des Eichmeisters (Judith Bellaiche)**

Das von uns unterstützte Postulat fordert, dass kantonale Eichmeister ausser den eidg. Gebühren keine zusätzlichen Kosten verrechnen dürfen. Spezialkosten müssen gesondert deklariert werden.

Es gibt Rückmeldungen aus dem Gewerbe, dass Eichmeister unverständlich hohe Rechnungen verschickt haben, insbesondere überhöhte Wegkosten. Eichmeister haben de facto eine Monopolstellung, und es besteht tatsächlich die Möglichkeit eines Missbrauchs, zumal es keine Ausweichmöglichkeit gibt.

Die Eichung verfolgt ihrem Wesen nach einen besseren Konsumentenschutz.

Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass Unternehmen den Eichmeistern ausgeliefert sind und Rechnungen begleichen müssen, die weit über die Gebühren hinausgehen.

#### **(Keine) Zweckbindung von Verkehrsbussen (Judith Bellaiche)**

Diese Motion überrascht nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch die Stimmberechtigten, die ja vor just fünf Jahren die Zweckbindung von Bussen an der Urne massiv verworfen haben.

Ob die Motionäre dies einfach nicht wussten, oder ob sie sich um den Volkswillen foutieren, bleibe dahingestellt.

Wollte man dennoch inhaltlich darauf eintreten, so könnte man die Argumente des Regierungsrats wiederholen.

Insbesondere, dass die Natur der Busse einen Straf- und Präventivcharakter haben soll, und nicht die vordefinierte

Finanzierung staatlicher Vorhaben. Dies würde nur weitere Begehrlichkeiten

wecken, die den Druck zur Generierung von Einnahmen durch Bussen

abermals erhöhen würde.

Wie man es betrachtet, die Motion ist unter keinem Titel unterstützungswürdig, wir lehnen sie klar ab.